

Auch München als Stadt für das Leben – Stadt gegen die Todesstrafe

Antrag Nr. 14-20 / A 00495 der Stadtratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN/RL vom 28.11.2014, eingegangen am 28.11.2014

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 02417

Beschluss der Vollversammlung des Stadtrates vom 25.03.2015

Öffentliche Sitzung

I. Vortrag des Referenten

Wie in der Sitzung des Verwaltungs- und Personalausschusses vom 18.03.2015.

Die Linke hat in der Sitzung des Verwaltungs- und Personalausschusses vom 18.03.2015 den Änderungsantrag gestellt, dass zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich an dem internationalen Aktionstag am 30. November beteiligen wollen, von der Stadtverwaltung bei der Umsetzung unterstützt werden sollen. In der Sitzung hat Frau Stadträtin Wolf für die Linke erklärt, dass damit jedoch keine finanzielle, sondern eine rein ideelle Unterstützung durch die Stadtverwaltung gemeint ist. Der Referent hat den Änderungsantrag daraufhin übernommen.

Die nachstehend dargestellte Fassung des Referentenantrags wurde vom Verwaltungs- und Personalausschusses am 18.03.2015 empfohlen und ich stelle diesen hiermit zur Abstimmung.

II. Antrag des Referenten

1. Die Landeshauptstadt München beteiligt sich nicht am Aktionstag „Städte für das Leben – Städte gegen die Todesstrafe“.
2. **Zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich an dem internationalen Aktionstag am 30. November beteiligen wollen, werden von der Stadtverwaltung bei der Umsetzung unterstützt.**
3. Der Antrag Nr. 14-20 / A 00495 der Stadtratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN/RL vom 28.11.2014 ist damit geschäftsordnungsgemäß behandelt.
4. Der Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle

III. Beschluss
nach Antrag.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der / Die Vorsitzende

Der Referent

Bürgermeister/-in
ea. Stadtrat / ea. Stadträtin

Dieter Reiter
Oberbürgermeister

IV. Abdruck von I. mit III.
über den Stenografischen Sitzungsdienst

an das Direktorium - Dokumentationsstelle
an die Stadtkämmerei
an das Revisionsamt
z. K.

V. Wv. Direktorium – HA II/V

1. Die Übereinstimmung vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt

2. **an das Büro des Oberbürgermeisters**
an das Büro 2. Bürgermeister
an das Büro 3. Bürgermeisterin
an die Fachstelle gegen Rechtsextremismus
an das Direktorium – Leitung
an das Direktorium – Presse- und Informationsamt
an das Direktorium – Rechtsabteilung
an das Direktorium – GL
an das Direktorium – HA I Stadtarchiv
an das Direktorium – HA I Protokollabteilung
an das Direktorium – HA I ZV
an das Direktorium – HA II KGS
z. K.